

Inhalt

- Beamte unterstützen Tarifstreik || 2 |
- DGB-Landeschef Bliesener will über Beamtenrecht verhandeln || 3 |
- Versorgungsrecht speziell || 4 |
- Beamtenpolitische Konferenz von ver.di || 5 |
- Steuerfahnder im Porträt || 6 |
- Düsseldorf: 20.000 Menschen protestierten gegen Sparkurs || 8 |

Berlin | 5. April 2006
Ausgabe | 04 | 2006 || 13. Jg.

DGB

INFORMATIONEN für Beamtinnen und Beamte

www.beamten-informationen.de

Beschäftigung älterer Beamtinnen und Beamter

Blockmodell begrenzt

Der Bund schränkt die Möglichkeiten der Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamte weiter ein. Nachdem bereits im vergangenen Jahr entschieden worden war, die 55- bis 59-Jährigen von der Regelung weitestgehend auszunehmen, soll für die verbleibenden Fälle künftig statt des Blockmodells nur noch das Teilzeitmodell bewilligt werden. Hintergrund sind Forderungen des Rechnungsprüfungsausschusses des Bundestages.

Das Bundesinnenministerium konstatiert, die Belastung des Bundeshaushalts durch die Kosten der Altersteilzeit bestehe fort. Zusätzlich verursachten die mit dem Blockmodell verbundenen starken vorzeitigen Personalabgänge personalwirtschaftliche Probleme. Mit dem Stichtag 17. Februar 2006 sei das Blockmodell deshalb nur noch in „Stellenabbaubereichen“ zu bewilligen. Darunter fielen z. B. Beamtinnen und Beamte bei der Bahn, den Postnachfolgeunternehmen, der Bundesbank, der Bundeswehrverwaltung und der Bundesanstalt für Post- und Telekommunikation.

Da das Blockmodell bisher etwa 95 Prozent der bewilligten Altersteilzeitfälle ausmacht, liefe die gesetzliche Regelung künftig nahezu leer. Der Bund verlöre damit aus Sicht des DGB das effektivste Instrument, das krankheitsbedingten Frühpensionierungen wirksam vorbeugt.



www.bmi.bund.de (Themen A-Z/Öffentlicher Dienst/Daten und Fakten/ Altersteilzeit)

Auftakt zur Föderalismusreform in Bundestag und Bundesrat

Länder wollen Korrektur

Die Zuständigkeit der Länder für das Beamtenrecht hat sich als strittiger Punkt bei der Föderalismusreform erwiesen. Geplant ist eine Anhörung von Bundestag und Bundesrat.

Nach einer ersten Beratung von Bundestag und Bundesrat über die Gesetzentwürfe zur Föderalismusreform zeichnen sich Änderungswünsche ab. Die SPD-Links sieht unter anderem Korrekturbedarf bei der beabsichtigten neuen Zuständigkeit für das Beamtenrecht. Auch unter den Ländervertretern herrschen unterschiedliche Ansichten zur Verlagerung der Zuständigkeit für das Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrecht der Beamtinnen und Beamten vom Bund auf die Länder. Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) hat bei der Ministerpräsidentenkonferenz mit den Regierungschefs von Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen zu Protokoll gegeben, dass er sich für die Beibehaltung bundeseinheitlicher Regelungen ausspricht. Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Harald Ringstorff (SPD) drang auf Korrekturen und betonte, oberste Leitlinie der Politik müsse die Herstellung gleicher Lebensverhältnisse in Deutschland sein, nicht „Wettbewerbsföderalismus“ zwischen den Ländern.

Auch der DGB hat erneut davor gewarnt, das Besoldungsrecht den Ländern zu überlassen. Das einheitliche Beamtenrecht dürfe einer grundsätzlich gewünschten effizienteren Gesetzgebung nicht geopfert werden, sagte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Mit der Kompetenzverlage-

rung würde die Mobilität der Beamtinnen und Beamten zwischen den Ländern behindert. Reiche Länder könnten zu Lasten der ärmeren Beamtinnen und Beamte zu besseren Konditionen abwerben.

Bundestag und Bundesrat haben die Gesetzentwürfe an die Ausschüsse verwiesen. Geplant ist, im Mai Sachverständige zu hören. ver.di erkennt hierin eine Chance auf Veränderungen an den Entwürfen zum Dienstrecht und hat seine Positionen in einem Schreiben an die Bundestagsfraktionen dargelegt. Die Gewerkschaft weist darauf hin, dass eine Zuständigkeitsverlagerung auch die beabsichtigte Strukturreform im öffentlichen Dienst mit Möglichkeiten zur leistungsgerechten Besoldung gefährden könnte.

CDU-Fraktionschef Volker Kauder warnte vor Nachverhandlungen über das Gesetzespaket. Ein Aufschnüren des Pakets könne das gesamte Projekt gefährden. Auch der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) will an den Vereinbarungen festhalten. Zwar sehe er Punkte wie die Übertragung der Beamtenbesoldung kritisch. Aber wenn „das Große und Ganze“ stimme, müsse jeder zu Kompromissen bereit sein. Der DGB-Landesvorsitzende Dietmar Muscheid meinte hingegen, Korrekturen müssten möglich sein, wenn ein Gesetzentwurf nicht das von den Parlamentariern angestrebte Ziel erreiche. Das sieht auch der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne so: „Der Bundestag ist kein Abnickverein.“ Er schlug vor, die Abgeordneten sollten bei der Abstimmung über die Verfassungsreform vom Fraktionszwang befreit werden.

Neue Behörde

Die Bundesregierung wird ein Bundesamt für Justiz einrichten. Dazu liegt ein Gesetzentwurf vor, den das Bundeskabinett beschlossen hat. Die neue Bundesoberbehörde soll am 1. Januar 2007 in Bonn den Betrieb aufnehmen. Auf das Amt sollen Bereiche aus dem Bundesjustizministerium übergehen, die nicht zu den ministeriellen Kernaufgaben gehören. Die Behörde wird laut Justizministerium die zentrale Anlaufstelle im internationalen Rechtsverkehr sein.

Kritik an Pension mit 67

Bundesarbeitsminister Franz Müntefering (SPD) hat die Anhebung des Renten- und Pensionsalters auf 67 Jahre verteidigt. Sonst könnten die Alterssicherungssysteme nicht aufrechterhalten werden. ver.di und DGB lehnen die längere Lebensarbeitszeit ab. Die längere Lebenserwartung rechtfertige dies nicht, sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Christian Zahn. „Eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit der Beamten bedeutet eine gigantische Kürzung der Pensionen“, erklärte er. Ein Ansatz, um Kosten zu sparen und den Bedürfnissen der Beschäftigten entgegenzukommen, sei, Frühpensionierungen zu vermeiden. Für besonders belastete Beschäftigtengruppen, wie zum Beispiel Beamtinnen und Beamte bei der Feuerwehr oder im Justizvollzug, müssten weiter vorgezogene Altersgrenzen für den Ruhestandseintritt gelten. Der DGB plädiert für Prävention vor Rehabilitation und ein Ausschöpfen der Altersgrenze bis 65 Jahre.

